

Marie-Carin von Gumpenberg  
Udo Steinbach (Hrsg.)

## **Der Kaukasus**

**Geschichte – Kultur – Politik**

Verlag C. H. Beck

Mit 6 Karten (© cartomedia, Karlsruhe)

Kein System der Umschrift kaukasischer Namen oder Begriffe wird alle Wissenschaftler auf diesem Gebiet zufriedenstellen. Den Herausgebern war es vor allem wichtig, die Lesbarkeit dieses Buches für das breite Publikum zu gewährleisten.

Originalausgabe

© Verlag C.H. Beck oHG, München 2008  
Gesamtherstellung: Druckerei C.H. Beck, Nördlingen  
Umschlagentwurf: + malsy, Willich  
Printed in Germany  
ISBN 978 3 406 56800 8

*www.beck.de*

## **Inhalt**

Zur Einführung 7

### **Die Länder**

- Armenien – Überleben am Fuße erloschener Vulkane 17
- Georgien – Transitland im Süden 34
- Aserbaidschan – Machtpoker um die Petrodollars 49
- Nordkaukasus – Porträt einer spannungsreichen Region 64
- Iran – Großmacht mit Ambitionen? 80
- Türkei – Politik in historischem Hinterland 91

### **Die Konflikte**

- Abchasien – Kämpfe um den schönsten Teil der Schwarzmeerküste 102
- Berg Karabach – Krieg um die «Schwarzen Berge» 111
- Der ungelöste Streit um Südossetien 123
- Krisenregion Nordkaukasus – Ursachen, Akteure, Perspektiven 134
- Internationale Organisationen – Hemmschuh oder Motor für eine Konfliktlösung im Südkaukasus? 149
- Energie und Sicherheit – Das «neue Spiel» um die Ressourcen 159

### **Die Kulturen**

- Ethnische Vielfalt – Wahrnehmung und Fakten 175
- Der «Berg der Sprachen» – die Sprachenvielfalt 192
- Religionen – Identitätsstiftende Momente 202
- Kunsttradition, Minnesang und Heldenepik 217
- Politische Kultur: Autoritäre Herrscher – pragmatische Loyalitäten 233
- Rechtsbewusstsein und Rechtsverständnis 244

Autorenverzeichnis 254

Abkürzungen 256

## Georgien – Transitland im Süden

**Natur und Geographie** Georgien erstreckt sich südwestlich der steil abfallenden Hänge des Großen Kaukasus auf einer Länge von etwa 450 km. Mit seinen 69 700 km<sup>2</sup> ist Georgien etwa so groß wie Bayern oder die Republik Irland. Es zieht sich von den südlichen Hängen des Kaukasusmassivs mit dem Kasbek (5047 m) im Norden über die Zwischengebirgszone als Zentralregion des Landes bis zum Hochland des Kleinen Kaukasusgebirges im Süden. Das Lichi-Gebirge teilt das Land in Ost- und Westgeorgien. Im Nordkaukasus grenzt Georgien an die Russische Föderation, im Osten an Aserbaidtschan, im Süden an Armenien und die Türkei und im Westen an das Schwarze Meer.

Die naturräumliche Gliederung führt auf engstem Raum zu abrupten Wechseln von Landschaften und Klimazonen, sodass eine Vielzahl von Kulturlandschaften entstand. Zwei Drittel von Georgiens Oberfläche sind Bergland oberhalb von 600 m über dem Meeresspiegel. Auf dem darunter liegenden Drittel konzentrieren sich 90% der Bevölkerung, der Wirtschaftsaktivitäten und des Verkehrsnetzes. An der Schwarzmeerküste herrscht ein subtropisches, feucht-warmes Klima mit hohen Niederschlagsmengen.

Von Norden nach Süden liegen hier Abchasien, Mingrelien, Gurien und Adscharien, in denen Tee und Zitrusfrüchte gedeihen. Landeinwärts folgen die Gebirgslandschaften Swanetien, Ratscha und Letschumi, an die sich südlich das westgeorgische Kernland Imeretien mit Kutaisi als Zentrum anschließt. Östlich des Lichi-Gebirges beherrscht die Region Kartli die zentrale Senke Ostgeorgiens, die von trockener Hitze im Sommer und recht kalten Wintern geprägt ist. Im äußersten Osten grenzt das Weinanbaugebiet Kachetien an Aserbaidtschan. Nördlich davon haben sich im zerklüfteten Großen Kaukasus Talschaften (Chewi, Chewsureti, Tuscheti, Pschawi und Mtiuleti) ausgebildet. Die ehemalige Autonome Region Südossetien wird von Georgien als historische Provinz Samatschablo und von separatistisch gesinnten Osseten als unabhängige Region betrachtet. Südlich von Kartli erhebt sich das Hochland des Kleinen Kaukasus mit den Regionen Mes'cheti und Dschawacheti. Das Große Kaukasusgebirge schützt das Land vor dem rauen kontinentalen Klima Russlands.

**Demographie und ethnische Zusammensetzung** Laut Volkszählung von 2002 leben heute offiziell 4,37 Mio. Menschen in Georgien, wobei die separatistischen Regionen Abchasien und Südossetien nicht mitgezählt werden konnten. Dies sind gut 1 Mio. Einwohner weniger als noch 1989. Hohe Mobilität, Flucht, Vertreibung und Abwanderung ins Ausland haben seit der Unabhängigkeit Georgiens 1991 zu dieser negativen Bevölkerungsentwicklung geführt.

Die Hauptstadt Tbilisi (Tiflis) ist mit heute über 1 Mio. Einwohnern die einzige Metropole. An sie grenzt die Schwerindustriestadt Rustawi mit zuletzt 116 000 Einwohnern. In Westgeorgien bilden die Städte Kutaisi (186 000), Batumi (121 800) und Suchumi (ca. 50 000–70 000) lokale, urbane Zentren. 52 % der Bevölkerung leben heute in Städten und 48 % in Dörfern und ländlichen Räumen.

Der Anteil der Georgier (*kartvelebi*) an der Gesamtbevölkerung ist im 20. Jh. stetig auf 70,1 % (1989) gestiegen und hat nach der Unabhängigkeit mit 83,8 % (2002) seinen bisherigen Höchststand erreicht. Abwanderung von Russen und Armeniern sowie Assimilationsdruck für kleinere Minderheiten (u. a. Osseten) haben zu dieser Zunahme geführt. Von einer starken ethnischen Konsolidierung unter den Georgiern zeugten bereits in der späten Sowjetzeit die nach Litauen größte Konzentration der Titularnation einer Sowjetrepublik auf dem eigenen Territorium, die geringe Anzahl von Misch-ehen (Männer 7,5 % und Frauen 4,8 %) sowie ein hoher Prozentsatz von Bewohnern, die Georgisch als Muttersprache angaben (98,2 %, nur 33,1 % beherrschten dagegen Russisch, bei Abchasen und Osseten lagen diese Werte zwei bis dreimal höher).

Gleichzeitig besteht weiterhin ein ausgeprägtes Regionalbewusstsein fort, welches in drei Gebieten durch religiöse oder sprachliche Besonderheiten unterstützt wird. Die ethnisch georgischen Adscharer konvertierten während der dreihundertjährigen Osmanenherrschaft zum sunnitischen Islam. Aufgrund dessen einigten sich 1921 Lenin und Atatürk auf die Autonomie dieser Region, die bis heute mit etwa 376 000 Einwohnern (2002) fortexistiert. Außerdem gibt es in Westgeorgien Mingrelier und Swanen, die sich durch ihre Sprache von der Mehrheit der Georgier unterscheiden, sich aber ebenfalls zur georgischen Nation zählen.

Das Georgische wird als eigenständige Sprache zu den autochthonen Kaukasussprachen gezählt, die nicht mit indoeuropäischen Sprachen wie Russisch verwandt sind. Zusammen mit Mingrelisch und Swanisch bildet es die südkaukasische Gruppe der Kartvelsprachen, von denen allein für das Georgische spätestens seit der beginnenden

Christianisierung im 4. Jh. ein eigenes Alphabet entwickelt wurde. Das Georgische stellt ein wesentliches Merkmal im nationalen Selbstbild dar. Die geplante Aufhebung des privilegierten Status der georgischen Sprache hatte 1978 in Georgien zu Demonstrationen geführt. Seit der Unabhängigkeit 1991 ist es alleinige Staatssprache, und ihr Status wird nicht mehr in Frage gestellt.

Die christlich-orthodoxe Religion hat als Merkmal nationaler Identität in den letzten Jahren stark an Bedeutung gewonnen. Die *Orthodoxe Kirche Georgiens* stellt zwar keine klassische Amtskirche wie in Europa dar, konnte aber in einem im Oktober 2002 geschlossenen Konkordat als einzige Religionsgemeinschaft eine privilegierte Position im Staat erhalten. Sie lebt überwiegend von den freiwilligen Spenden der Gläubigen.

Der Anteil nicht-dominanter ethnischer Gruppen hat sich zwischen 1989 und 2002 von knapp 30% auf 16,2% fast halbiert. Damit ist Georgien heute zwar immer noch ein Vielvölkerstaat, aber in geringerem Maße als zu Sowjetzeiten. Die nach den Georgiern größte ethnische Gruppe bilden heute die turksprachigen, schiitischen Aseri, deren Bevölkerungsanteil sich zwischen 1959 und 2002 von 3,8% auf 6,5% fast verdoppelte. Sie siedeln überwiegend im Südosten (Kvemo Kartli) mit absoluter Mehrheit in den agrarisch geprägten Bezirken Marneuli, Bolnisi und Dmanisi und mit einer relativen Mehrheit in Gardabani. Umgekehrt hat sich der Anteil der Armenier zwischen 1959 und 2002 von 11% auf 5,7% fast halbiert. Sie sind die drittgrößte ethnische Gruppe. Obwohl sie heute in den Bezirken Achalkalaki und Ninotsminda in der Region Samts'che Dschawacheti an der Grenze zur Türkei und Armenien mit oft mehr als 95% eine absolute Mehrheit der Bevölkerung stellen (Georgier dagegen nur 2%), besitzen sie keinen eigenständigen territorialen Verwaltungsstatus. Ihre Vorfahren wurden als Flüchtlinge aus Anatolien im 19. Jh. vom Zarenreich dort angesiedelt. In anderen Regionen leben sie seit Jahrhunderten (außer in Tbilisi) weit weniger kompakt. Tbilisi bildet seit dem 19. Jh. trotz verstärkter Auswanderung nach Russland und Armenien weiterhin ein traditionelles Zentrum armenischer Kultur. In ihrer Mehrheit gehören sie der Armenisch-Apostolischen Kirche an, etwa 10% sind Katholiken.

Abgesehen von religiösen Sektierern (Molokanen, Altgläubigen und Duchborzen), die im 19. Jh. an den Rand des Zarenreichs umgesiedelt wurden, bilden die Russen keine geographisch geschlossen siedelnde ethnische Gruppe. Sie sind v. a. während der Sowjetzeit in die Industriezentren Tbilisi und Rustawi zugewandert und stellten

seit den 1950er Jahren eine signifikante Gruppe qualifizierter Facharbeiter. Insbesondere nach der Unabhängigkeit Georgiens 1991 sind viele wieder nach Russland abgewandert.

Der größte Teil der 164 000 Osseten lebte 1989 außerhalb des Autonomen Gebiets Süd-Ossetien (Zchinwali-Region), teilweise in Mischehen mit Georgiern. Infolge des Krieges um diese Region verringerte sich der im restlichen Georgien siedelnde Anteil erheblich. Im Südosten Georgiens (Tetritskaro, Tsalka), an der Schwarzmeerküste und in größeren Städten leben noch vereinzelt anatolische und pontische Griechen. Die Gruppe der Juden (europäische bzw. russische Ashkenasim und georgische Sephardim) hat in den letzten Jahren durch Auswanderung nach Israel stark abgenommen; sie konzentrierte sich in den Städten Tbilisi, Kutaisi und Oni. Außerdem leben ebenfalls aus dem Osmanischen Reich geflüchtete Jesiden und Kurden noch heute in Tbilisi und Rustawi.

Die ethnische Zuordnung der sunnitischen Mes'cheten, von denen über 90 000 im November 1944 unter Stalin aus dem Südosten Georgiens in das zentralasiatische Fergana-Tal deportiert wurden, ist unklar: Etwa ein Drittel bezeichnet sich als Georgier, zwei Drittel als Türken. Angesichts dessen sind sich die georgische Regierung und Gesellschaft in ihrer Haltung zu deren Rückkehrabsichten uneinig. Allerdings hat sich Georgien bei der Aufnahme in den Europarat 1999 zu ihrer Repatriierung und zum Schutz ethnischer Minderheiten verpflichtet.

Das historische Selbstverständnis der meisten Georgier ist von dem einer alten ethnisch definierten Kulturnation ohne praktische Erfahrung moderner Staatsbürgerschaft geprägt. Sie erwarten eher eine sprachliche und religiöse Assimilation, was die Integration nicht-dominanter ethnischer Gruppen als gleichberechtigte Mitbürger in die georgische Gesellschaft erschwert. Die neue Regierung unter Präsident Saakaschwili versucht jedoch seit 2004 ein Staatsbürgerbewusstsein für alle Bürger zu etablieren.

**Georgiens fragile Staatlichkeit im Laufe der Geschichte** Archäologische Funde belegen, dass der Kaukasus seit 1,8 Mio. Jahren den Menschen als Durch- und Rückzugsgebiet diente. Im Laufe der Jahrhunderte haben sich die verschiedensten Völkerschaften mit der altingesessenen Bevölkerung vermischt und eine äußerst selten anzutreffende vielgestaltige kulturelle Struktur ausgebildet, deren Reduktion auf ethnische Nationalismen und Nationalgeschichten mehr verdeckt als erhellt.

Erste Staatsbildungen, die mit den frühen Hochkulturen Anatoliens und des Zweistromlandes in Kontakt standen, sind seit dem 4. Jh. v. Chr. belegt. Aus dem mediterranen Kulturkreis verbreiteten in der Antike griechische Händler ihre Mythologie und ab dem 4. Jh. n. Chr. syrische Mönche das Christentum entlang jüdischer Gemeinden. Zur Verkündigung des Christentums wurde daraufhin die Bibel in einer eigens entwickelten Schrift ins Georgische übersetzt.

Von Süden her drangen vom 8. bis zum 10. Jh. die Araber vor und verbreiteten den Islam. Im «Goldenen Zeitalter» (11. bis 13. Jh.), als die umliegenden Reiche geschwächt waren und sich die Dynastie der Bagratiden in der georgischen Feudalgesellschaft durchsetzen konnte, erreichten die Herrscher von König David dem Erbauer bis zur legendären Königin Tamar eine einzigartige Blüte von Staat und Kultur. In dieser Zeit ist auch erstmals der Begriff «Georgien» (*sakartvelo*) als Landesbezeichnung in den Quellen belegt.

Die innere Einheit blieb jedoch fragil, die Bagratiden wurden von starken Lokalfürsten herausgefordert. Das Land zerfiel im 14. Jh. mit dem Einfall Tamerlans in zahlreiche Kleinststaaten. Vom 15. bis zum 18. Jh. konkurrierten Osmanen und Perser um die Vorherrschaft im Kaukasus. Erst als das Zarenreich Georgien 1801 annektierte, kehrte in der ersten Hälfte des 19. Jh. Frieden ein. In dieser Zeit vermochten die Zaren die georgische Adelselite in den russischen Adelsstand zu integrieren und als Militärs für die Eroberung des Nordkaukasus zu gewinnen. Um den Preis der Aufhebung feudaler Strukturen versuchte das Zarenreich erstmals, eine territorialstaatliche Behördenverwaltung einzuführen.

Aus dem verarmten Adel bildete sich in der zweiten Hälfte des 19. Jh. eine georgische Intelligenz, die unter Leitung des Publizisten Ilia Tschawtschawadse nach innerer Selbstbestimmung, Reform überkommener Gesellschaftsstrukturen und «nationaler Wiedergeburt» strebte. Die «Europäisierung» führte zur Bildung moderner Nationen, welche Nationalitätenkonflikte unter die Völker des Kaukasus streuen und ihre spätere Staatsbildung wesentlich mitprägen sollte. Zu Beginn des 20. Jh. konkurrierte diese von gebildeten Adeligen geführte Nationalbewegung mit der marxistischen Agrarbewegung der georgischen Menschewiki, die sich durch ihre Hinwendung zu den Bauern und ihre Übertragung von Arbeitskampfmethoden auf die Dörfer von den russischen Sozialdemokraten, insbesondere den Bolschewiki, unterschied. Deshalb konnte Joseph Dschughaschili alias Stalin als Bolschewik seine Parteikarriere nicht in seiner Heimat, sondern in der Wirtschaftsmetropole Baku beginnen.



Nach dem Zusammenbruch des Zarenreichs erlebte die Demokratische Republik Georgien zwischen dem 26. Mai 1918 und dem 25. Februar 1921 eine kurze Zeit der Unabhängigkeit, die über die Verabschiedung einer Verfassung hinaus die Staatsbildung nicht wesentlich beeinflusste. Die Rote Armee der Bolschewiki beendete das Experiment der ersten «sozialdemokratischen Bauernrepublik» (Karl Kautsky) und zwang Georgien in die Transkaukasische Föderative Sowjetrepublik. 1929 kollektivierte das Sowjetregime das «Bauernland» und leitete eine Industrialisierung ein.

Der mingrelische Parteichef Lavrenti Berija stieg 1935 zum Volkskommissar für innere Angelegenheiten und Geheimdienstchef der Sowjetunion auf. In der zweiten Hälfte der 1930er Jahre war er für den «Großen Terror» mitverantwortlich, der die alte Intelligenz und «bürgerlichen Spezialisten» vernichtete und sie durch gering qualifizierte, parteitreue Aufsteiger ersetzte. Dieses dunkle Kapitel georgischer Geschichte ist bisher kaum erforscht.

1941 erreichte der Zweite Weltkrieg die Sowjetunion, und obwohl der Krieg nicht über das hohe Kaukasusgebirge gelangte, war Georgien, auch die Zivilbevölkerung, vom Krieg schwer betroffen. Offiziellen Angaben zufolge nahmen 750 000 Georgier (von insgesamt 3,5 Mio. Einwohnern Georgiens) aktiv am Krieg teil, davon kamen mehr als 300 000 Menschen um. Georgiens Wirtschaft fiel deutlich zurück. Ausbleibende Zulieferung aus Russland, Fachkräftemangel und die Umstellung auf die Produktion von Rüstungsgütern reduzierten die Wirtschaftsproduktion um 20%. Der Industrieausstoß der Vorkriegszeit wurde erst 1947 wieder erreicht; deutsche Kriegsgefangene hatten zahlreiche neue Bauten, Verkehrswege und Industrieanlagen errichtet.

Mit Stalins Tod 1953 verschärfen sich die Strukturprobleme in der georgischen Gesellschaft. So ging mit der ethnischen Konsolidierung der Titularnation eine schleichende Verselbständigung gegenüber dem Zentrum einher, welche den Assimilationsdruck auf Nicht-Georgier erhöhte. Georgier dominierten das politische und kulturelle Leben der Sowjetrepublik; die jeweiligen Titularnationen in der Autonomen Sowjetrepublik Abchasien und dem Autonomen Gebiet Südossetien waren mit etwas geringeren Kompetenzen und Ressourcen ausgestattet. Eine Nomenklatura in Partei- und Staatsapparat verwaltete das Land wie eigene Pfründe.

1971 berief der Kreml Eduard Schewardnadse zum neuen Chef der Kommunistischen Partei Georgiens, um mit Korruption und Schattenwirtschaft aufzuräumen und so die Kontrolle durch Mos-

kau wiederherzustellen. Dennoch konnte auch er nicht verhindern, dass «sozialistische Inhalte» zunehmend hinter die «nationale Form» zurücktraten. Unter der Bevölkerung nahm der Unmut über die Verschlechterung der wirtschaftlichen und sozialen Lage seit Ende der 1970er Jahre zu. Durch die Hierarchisierung ethnisch-territorial gefasster Einheiten richtete sich dieser Nationalismus gegen die jeweils übergeordnete ethnische Gruppe und bildete die Grundlage des «Matrjoschka»-Nationalismus, der zur Ethnisierung politischer Konflikte entlang der von der Sowjetmacht gezogenen internen Verwaltungsgrenzen führte.

**Der Weg in die Unabhängigkeit – Scheitern der Idee der staatlichen Einheit** Trotz aller nationalen Euphorie scheiterte zu Beginn der 1990er Jahre unter dem Führer der Nationalbewegung, Swiad Gamsachurdia, der erste Versuch, einen eigenständigen, unabhängigen Nationalstaat zu errichten, an der Erblast der sowjetischen Vergangenheit, an lokalen Kriegsherren, kriminellen Bandenführern und persönlichen Ambitionen. Die Idee der nationalen Einheit Georgiens entpuppte sich als Fiktion. Die Georgier waren in ihrer Haltung zum ersten frei gewählten Präsidenten – nach wenigen Monaten im Amt – tief gespalten, was zum Bürgerkrieg und zur Vertreibung Gamsachurdias führte. Abchasen und Osseten strebten mit ihren in sowjetischer Zeit eingerichteten Gebietsautonomien in die Russische Föderation. Manche Armenier im strukturschwachen Dschawacheti liebäugelten mit einem Anschluss an Armenien.

Der unabhängige Staat Georgien blieb fragil. Dies musste auch der 1992 herbeigerufene Schewardnadse erkennen, der den Putschisten seine internationale Reputation als ehemaliger sowjetischer Außenminister lieh und damit die internationale Anerkennung des Landes ermöglichte. Erst nach drei Jahren konnte er seine Herrschaft mithilfe der Nomenklatura gegen zwei Kriegsherren paramilitärischer Einheiten stabilisieren und damit das Land vor dem völligen Zerfall bewahren. Dafür wurde er 1995 bei den Parlaments- und Präsidentenwahlen als Hoffnungsträger einer relativen Mehrheit der Bevölkerung gewählt, zumal die zerstrittene und zersplitterte nationalistische Opposition keine Alternative bot.

Im August 1995 wurden eine neue Verfassung und zahlreiche Reformvorhaben im georgischen Parlament verabschiedet. In der Praxis jedoch war die Gewaltenteilung faktisch aufgehoben, da die Opposition, das Parlament und die Medien zu schwach waren, um

die immense Macht des Präsidenten in der Staatskanzlei zu kontrollieren oder gar herauszufordern.

Konnte Schewardnadse in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre eine gewisse Stabilität erreichen, so schwanden die Aussichten auf grundlegende innenpolitische Reformen unter seiner Führung um die Jahrtausendwende zunehmend. Der Wahlslogan «Von Stabilität zum Wohlstand», mit dem die ihn unterstützende Regierungspartei *Bürgerunion* in den Parlamentswahlen im Oktober 1999 antrat, überzeugte viele Wähler nicht mehr. Auch die Präsidentschaftswahlen im Jahr 2000 konnte Schewardnadse nur durch informelle Absprachen mit Adschariens Lokalpotentaten, Aslan Abaschidze, und durch teilweise massive Wahlmanipulationen für sich entscheiden. Die Bevölkerung, so sie vor lauter Sorge um ihre Existenzsicherung überhaupt noch das politische Geschehen verfolgte, stieß sich immer mehr an der Korruption der Amtsinhaber.

Nicht aber die wachsende Unzufriedenheit führte zum Zerfall der *Bürgerunion*, sondern die «Jungen Reformer» in der Partei. Nachdem diese wider Erwarten nach der Wiederwahl des greisen Schewardnadse zum Präsidenten im Jahre 2000 nicht in entscheidende Positionen berufen worden waren, gründeten sie mehrere oppositionelle Parteien und forderten die Nomenklatura offen heraus.

Nach offensichtlich manipulierten Parlamentswahlen vermochte diese Opposition unter Führung von Michail Saakaschwili *Nationaler Bewegung* sowie Zurab Schwanas und Nino Burdschanadses *Vereinigten Demokraten* im November 2003 den Unmut der Bevölkerung zu einer Massenbewegung zu mobilisieren und zu bündeln. Mit dieser «Rosenrevolution» (Rosen waren das Abschiedsgeschenk der Demonstranten für Schewardnadse und sein Regime) demonstrierte die georgische Gesellschaft ihre Entschlossenheit zur friedlichen, wenn auch nicht verfassungsgemäßen Ablösung der korrupten Herrschaft Schewardnadses und leitete damit die post-sowjetische Entwicklungsphase des Landes ein. Im Januar 2004 wählten die Georgier Michail Saakaschwili mit 96% zum Präsidenten. Bei der Wiederholung der Parlamentswahlen für die proportionalen Parteilisten (nicht jedoch für die Direktmandate) siegte im März 2004 die aus den beiden führenden Parteien der «Rosenrevolution» fusionierte *Vereinigte Nationale Bewegung*.

**Konstituierung eines super-präsidentiellen Systems** Georgien kann als modernes Staatsgebilde auf weniger als zwanzig Jahre zurückschauen. Seit der Unabhängigkeit 1991 mussten sich formalstaatli-

che Institutionen und ein politisches System erst ausbilden, die in der Auseinandersetzung mit aus der Sowjetzeit fortwirkenden informellen Strukturen fragil und instabil blieben. Nach drei Machtwechseln konnte bisher kein System konsolidierter demokratisch-formaler Institutionen etabliert werden. Das vorherrschende Demokratieverständnis scheint weniger durch die Suche nach Konsens in Regeln und Prozeduren als vielmehr durch ein absolut gesetztes Endziel bestimmt zu sein.

Die politischen Institutionen des modernen georgischen Staats wurden 1995 in der Verfassung niedergelegt, die im Februar 2004 geändert wurde. Dabei wurde die Macht des auf fünf Jahre direkt vom Volk gewählten Präsidenten stark erweitert. Dieser ernennt nun den Premierminister – als neu geschaffene Institution für den damals zweitstärksten Oppositionsführer und Strategen Zurab Schwania –, der dann mit Zustimmung des Präsidenten die übrigen Minister auswählt. Allein die «Machtminister» für Inneres und Verteidigung werden ebenfalls vom Präsidenten ernannt. Die Regierung muss vom auf vier Jahre vom Volk gewählten Parlament bestätigt werden. Nach dreimaliger Ablehnung kann der Präsident den Premierminister auch ohne parlamentarische Zustimmung ernennen. Lehnt das Parlament dreimal den Regierungsentwurf des Staatsbudgets ab, kann der Präsident ebenfalls das Parlament auflösen und Neuwahlen ansetzen.

Diese Schwächung des Parlaments durch die unbeschränkte Macht des Präsidenten zur Parlamentsauflösung wurde durch die Verfassungsänderung 2004 eingeführt und markiert den Übergang von einem «semi-präsidentiellen» zu einem «super-präsidentiellen» System. Der Systemwechsel wurde von der herrschenden Partei damit gerechtfertigt, dass dies einen ersten Schritt des Übergangs zum europäischen System eines vom Präsidenten getrennten Ministerkabinetts bilde. Außerdem sei die Machterweiterung des Präsidenten für eine Übergangsperiode beschleunigter Reformen notwendig. Die Gegner dieser Verfassungsänderung kritisierten die Schwächung des Parlaments und die exzessive Machtkonzentration in der Exekutive. Von dem um die Person des Präsidenten gebildeten Machtzentrum entrückt, behindere dies die Entwicklung politischer Parteien. Internationale Organisationen wie der Europarat forderten von Georgien eine erneute Verfassungsrevision, um eine größere Balance zwischen Exekutive und Legislative zu erzielen.

**Ansätze einer Zivilgesellschaft zwischen Korruption und Patronage** Dennoch ist der Präsident nicht so übermächtig, wie es nach außen hin scheint. Politik folgt in Georgien nicht dem öffentlichen Ausgleich verschiedener Interessengruppen über ideologisch positionierte Parteien, sondern informellen, personenbezogenen Netzwerken mit schwer durchschaubaren gegenseitigen Verpflichtungen und Interessen. Diese stehen auch innerhalb der Regierung und der Regierungspartei miteinander in dauernder Konkurrenz um Macht und Einfluss. Von Transparenz und Partizipation an der politischen Entscheidungsfindung ist man noch weit entfernt, obwohl in den Medien Ämterpatronage, Korruption und Machtmissbrauch oft kritisiert werden. Nicht verwunderlich ist deshalb, dass an die Stelle interessengeleiteter Argumentation eine eskalierende Personalisierung politischer Konflikte tritt.

Diese informellen Netzwerke sind über formale Strukturen im Land nicht zu kontrollieren. Solange viele Georgier meinen, über Verwandtschafts- und Bekanntschaftsbeziehungen in der Machtvertikale persönliche Interessen besser vertreten zu können als über Interessenverbände, wird es nicht zur Bildung eigenständiger gesellschaftlicher Interessengruppen und einer politischen Öffentlichkeit kommen. Interessen können so nicht verbindlich austariert und die Rechtsgleichheit aller Staatsbürger nicht erreicht werden, wenn die Zugehörigkeit zu starken Beziehungsnetzen im Staatsapparat über den Erfolg persönlicher Anliegen entscheidet. Im Gegenteil, sie behindern sogar die Etablierung und Stärkung formaler, rechtsstaatlicher Institutionen. Ein Indikator für die Stabilität formaler Institutionen wäre die Bereitschaft aller politisch aktiven Gruppierungen, ihre Ambitionen und Konflikte auch ohne Rückgriff auf Gewalt zu regulieren. Die pro-westliche Orientierung wirkt oft mangels praktischer Erfahrung noch nicht substantiell in Niederungen der praktischen Politik. Diese wird weiterhin überwiegend patrimonial betrieben, die Bedürfnisse der Bevölkerung werden kaum berücksichtigt.

Damit genießt kein Bürger Georgiens, ob ethnischer Georgier, Armenier, Aseri oder Vertreter einer anderen Minderheit, persönlich eine auf dem staatlichen Gewaltmonopol basierende Rechtssicherheit. Aufgrund des fehlenden Rechtsschutzes vor der Allmacht nicht des Staates, sondern seiner Amtsinhaber flüchten sich viele in den kollektiven Schutz von Verwandtschaft, Freundschaft und ethnischer Herkunft. Ethnische Minderheiten sind davon stärker betroffen als die dominanten Georgier. Ohne formale Vermittlungsinstanzen, die

öffentliches Vertrauen genießen, können lokale Gruppenkonflikte aus empfundener wie tatsächlicher Diskriminierung schnell in Gewalt ausarten. Die neue Regierung hat begonnen, mit Minderheitenverbänden ein Konzept zur Integration aller Bürger zu erarbeiten. Neben der Wiederherstellung der territorialen Integrität muss Georgien somit auch die heterogene Gesellschaft auf staatsbürgerlicher Grundlage vereinigen. Dazu hat sich überwiegend in Tbilisi in den letzten beiden Jahrzehnten mit internationaler Unterstützung eine von Nichtregierungsorganisationen getragene Zivilgesellschaft entwickelt, die bisher aber noch nicht fest in der breiten Bevölkerung, insbesondere in den Regionen verankert ist.

**Die ungelösten Konflikte mit Abchasen und Osseten** Die ungelösten Territorialkonflikte stellen ein großes, wenn nicht gar das größte Hindernis für die Staats- und Nationsbildung dar. An Georgiens Rändern konzentrieren sich mehrere «Unsicherheitsregionen», in denen interne und externe, lokale, regionale und globale Einflussfaktoren untrennbar miteinander verwoben sind. Sie reichen von den separatistischen Territorialkonflikten in Abchasien und Südossetien über das Pankisi-Tal, das für tschetschenische Flüchtlinge und Guerillagruppen an der Grenze zu Russland lange als Rückzugsraum diente, bis zu den von Armeniern und Aseris dominierten Regionen Samts'che-Dschawacheti und Kvemo Kartli in Südgeorgien. In diesen Regionen greifen Staats- und Nationsbildung mit Konfliktbearbeitung und Konfliktprävention direkt ineinander.

Nach der «Rosenrevolution» vermochte die neue Regierung durch den Aufbau einer eigenen Armee und Infrastrukturmaßnahmen das Pankisi-Tal, Samts'che-Dschawacheti und Kvemo Kartli sowie Adscharien wieder unter zentralstaatliche Kontrolle zu bringen. Allein das vorrangige Ziel, die unter Schewardnadse «eingefrorenen» Territorialkonflikte in Abchasien und Südossetien auf friedlichem Wege zu lösen, ist nicht so schnell zu erreichen. Dies gefährdet auf Dauer jedoch die Legitimität der neuen Regierung und erschwert die Vermittlung einer möglichen Lösung nach innen. Die eigene Mitverantwortung an den Ursachen, die in der ersten Hälfte der 1990er Jahre zur Eskalation und zur Traumatisierung auf beiden Seiten geführt haben, sind noch nicht selbstkritisch aufgearbeitet worden. Dies erfordert Zeit für die Vertrauensbildung auf beiden Seiten, welche die Regierung nicht zu haben glaubt. Es herrscht der dynamische Schwebezustand vor und gleichzeitig nach einem Konflikt – weder Krieg noch Frieden.

Wie im August 2004 in Südossetien kann der Konflikt jederzeit eskalieren, da Osseten und Abchasen gut organisiert sind, faktisch über eigene staatliche Institutionen verfügen, aufgrund ihrer historischen Erfahrungen eine tiefe Abneigung gegen Georgien ausgebildet haben und sich der Unterstützung Russlands sicher sind. Ihr Bedürfnis nach Anerkennung ihres Status und kollektiver Sicherheit garantiert ihnen bisher nur Russland, das sich auf diese Weise in die inneren Angelegenheiten Georgiens einmischt (Ausstellung russischer Pässe für Bürger dieser Regionen, Missbrauch des Mandats als Friedenskräfte). Einige in Abchasien sind sich der instrumentellen Haltung ihrer Schutzmacht bewusst und suchen inzwischen nach Alternativen z. B. in Anlehnung an europäische Strukturen. Abchasien und Südossetiens Gesellschaften sind wesentlich patrimonialer strukturiert als die georgische. Wenn ein Staat nicht normensetzend funktionieren kann und Gefolgschaft mit lokalen Pressure-groups ausgehandelt werden muss, spielt der formale Staatsaufbau – ob föderal oder konföderativ – keine Rolle. Dies erinnert eher an einen Personenverbandsstaat als einen territorialen Nationalstaat.

Die Wiederherstellung der territorialen Integrität Georgiens auf friedlichem Wege ist deshalb in naher Zukunft kaum zu erreichen. Es fehlt v. a. an überzeugenden und handlungsleitenden Konfliktlösungskonzepten auf beiden Seiten, die das Hauptproblem des politischen Status klären (oder helfen, diese Frage erst einmal auszuklammern) und die Verständigung unter den Konfliktparteien erleichtern würden.

**Außenpolitik und internationale Beziehungen** Die politische Elite verortet sich in Abgrenzung zum früheren Moskauer Herrschaftszentrum historisch als Teil des christlichen Europa und der westlichen Wertegemeinschaft. Als erstes kaukasisches Mitglied des *Euro-parats* (April 1999) muss Georgien diesen Anspruch jedoch noch unter Beweis stellen. Viel Pragmatismus ist erforderlich, um zwischen der maßgeblichen außenpolitischen Situation, v. a. den Ansprüchen der beiden bestimmenden Mächte in der Region, der Russischen Föderation und den USA, zu lavieren und gleichzeitig innenpolitisch die Balance zwischen der alten, immer noch einflussreichen Nomenklatura, den jungen Professionellen und der verarmten, apolitischen Masse zu wahren.

Auseinanderstrebende Interessen interner Akteure und die Einflussnahme externer Akteure in der Region haben eine sub-regionale Integration und Kooperation der Kaukasus-Republiken bisher ver-

hindert und das regionale Sicherheitsdefizit nicht minimiert. Dabei findet sich Georgien in einer für seine außen- und sicherheitspolitischen Optionen strukturbildenden Integrationskonkurrenz zwischen der Weltmacht USA und der Regionalmacht Russland. Einerseits möchte es sich aus dem postsowjetischen Raum in Richtung Europa verabschieden, andererseits kann es sich aber mental, wirtschaftlich, institutionell sowie aufgrund der ungelösten Territorialkonflikte dem Sog Moskaus nicht entziehen. Dem georgischen Streben nach Internationalisierung der Konfliktlösungsmechanismen und Westbindung wurde mit der Aufnahme in die *Europäische Nachbarschaftspolitik* (2006) und einer möglichen NATO-Mitgliedschaft entsprochen.

Aufgrund der Pipeline Baku-Tbilisi-Ceyhan hat Georgien als Transitland mit Zugang zum Schwarzen Meer im Westen an geopolitischer Bedeutung gewonnen. Zusammen mit Armenien bildet es für die Russische Föderation eine Art «Pufferzone» zu den islamischen Staaten, die sie der Verbreitung von Terrorismus und Islamismus in der Teilrepublik Tschetschenien verdächtigt. Aber auch hier wird sich jede georgische Führung trotz aller Absichtserklärungen für einen Beitritt zur NATO nicht von seiner geographischen Lage befreien können und muss einen *modus vivendi* mit der nördlichen Regionalmacht finden, der deren Sicherheitsinteressen berücksichtigt.

Damit werden interne Konflikte weiter mit der internationalen Politik in der Region verknüpft, was ihre sachorientierte Bearbeitung auf der jeweiligen Konfliktebene erschwert. Die internationale Gebergemeinschaft reagiert mit einem immensen Zuschuss an Finanzmitteln über die internationale Entwicklungszusammenarbeit. Ohne ausgearbeitete Indikatoren fällt es schwer, die tatsächliche Bereitschaft aller Konfliktparteien zur Konfliktbearbeitung zu überprüfen. Die absichtsvollen Verlautbarungen bleiben zumeist folgenlos. Letztendlich fehlt es allen Parteien an Vertrauen in die Stabilität und Irreversibilität eines Friedensprozesses im Südkaukasus insgesamt – diese können auch internationale Akteure nicht so schnell und einfach bieten oder generieren.

**Wirtschaft und Soziales** Die georgische Regierung hat nach der «Rosenrevolution» den Staat wieder funktionsfähig gemacht. Erstmals seit Jahren wurden seit 2004 im Staatsbudget Überschüsse erwirtschaftet, lange ausstehende Gehälter für Staatsangestellte beglichen und durch finanzintensive Infrastrukturprojekte (Erneuerung der Straßen, des Gesundheitswesens, der Wasser- und der Energie-



versorgung) die Binnenkonjunktur angekurbelt. Die nicht immer ganz transparente Privatisierung von Staatseigentum sowie eine ultraliberale Wirtschaftspolitik haben für ein teilweise zweistelliges Wirtschaftswachstum gesorgt und das Investitionsklima immens verbessert. Die meisten Investitionen erfolgen überwiegend noch aus dem post-sowjetischen Raum, v. a. Russland und Kasachstan. Allerdings hat sich dies noch nicht positiv auf die breite Bevölkerung ausgewirkt, die massiv verarmt und zu einem Großteil ohne feste Arbeit ist. Preissteigerungen fressen zudem die kleinen Gehälter auf. Immer noch besitzen einflussreiche Familien neben Staatsämtern auch Einfluss in der Wirtschaft und vermögen eine Marktkonkurrenz teilweise durch Aufteilung der Märkte zu unterbinden. Erst allmählich entwickelt sich neben dem Bauboom ein kleines produzierendes Gewerbe. Vorrangige Sektoren wirtschaftlicher Entwicklung sind der Tourismus und der Weinanbau. Auf einen Verkehrs- und Handelsboykott Russlands gegenüber Arbeitskräften und Produkten aus Georgien hat die neue Regierung mit der intensiven Erschließung neuer Absatzmärkte reagiert.

**Ausblick** Ob die neue Führung Georgiens auf Dauer über genügend Potenzial und Kompetenzen zur Durchsetzung innovativer, stabiler politischer Strukturen verfügt, ob die internationalen Standards für Menschenrechte und gute Regierungsführung genügen, ist gegenwärtig noch nicht absehbar. Die Entwicklung menschlicher und fachlicher Kapazitäten, die Bewusstseinsbildung für inklusive und integrative Vorgehensweisen in Staat und Gesellschaft sind sicherlich von vorrangiger Bedeutung. Eine fundierte Debatte über die künftige Entwicklung des Landes und daraus abgeleitete Prioritäten fehlt jedoch noch. Ohne langfristige Entwicklungsperspektive, in der sich die Mehrheit der Bevölkerung – ob reich oder arm, georgisch oder nicht-georgisch – wiederfindet, kann es eher zu sporadischen Protesten und gewaltsamen Konflikten kommen. Entscheidend wird sein, ob Staatsführung und Gesellschaft die Allmacht informeller Strukturen überwinden und sie rechtsstaatlichen Verfahren und öffentlicher Kontrolle unterwerfen können. Dazu sind Regierung und Bevölkerung darauf angewiesen, miteinander zu agieren. Dies ist wahrscheinlich die wichtigste Lektion, die zu lernen ist.

*Oliver Reisner*

*Lit.*: Abashidze, L.: Das Recht der Religionsgemeinschaften in Georgien. In: Lienemann, W./Reuter, H.-R. (Hg.): Das Recht der Religionsgemeinschaften in Mittel-, Ost- und Südosteuropa. Baden-Baden 2005, S. 191–206. – Christophe, B.: Metamorphosen des Leviathan in einer post-sozialistischen Gesellschaft. Georgiens Provinz zwischen Fassaden der Anarchie und regulativer Allmacht. Bielefeld 2005. – Coppieters, B./Legvold, R. (Hg.): Statehood and Security. Georgia after the Rose Revolution. Cambridge, MA/London 2005. – Gerber, J.: Georgien: Nationale Opposition und kommunistische Herrschaft. Baden-Baden 1997. – Nodia, G. et al. (Hg.): The Political Landscape of Georgia. Political Parties: Achievements, Challenges and Prospects. Delft 2006. – Reisner, O. (mit Assistenz von L. Kvatchadze): Studien zur länderbezogenen Konfliktanalyse: Georgien. Im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung. Dezember 2005. In: <http://library.fes.de/pdf-files/id/04432.pdf>. – Shnirelman, V.A.: The Value of the Past. Myths, Identity and Politics in Transcaucasia. Osaka 2001. – Stefes, Ch.H.: Understanding Post-Soviet Transitions. Corruption, Collusion and Clientelism. Basingstoke 2006. – Suny, R. G.: The Making of the Georgian Nation. Bloomington/Indianapolis 1994<sup>2</sup>. – Wheatley, J.: Georgia from National Awakening to Rose Revolution. Delayed Transition in the Former Soviet Union. Aldershot 2005.

## Abkürzungen

AIOC – Azerbaijan International Operating Company  
AXC – Volksfront Aserbaidshans  
BMO – Border Monitoring Operation  
BSEC – Black Sea Economic Cooperation  
BTC – Ölpipeline Baku-Tbilisi-Ceyhan  
BTE – Gaspipeline Baku-Tbilisi-Erzurum  
CSTO – Collective Security Treaty Organisation  
EBRD – European Bank for Reconstruction and Development  
EES – s. UES  
EU – Europäische Union  
GASP – Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (der EU)  
GUAM/GUUAM – Abk. für Georgien, Ukraine, (Usbekistan), Aserbaidshans, Moldawien  
GUS – Gemeinschaft Unabhängiger Staaten  
INOGATE – Interstate Oil and Gas Transport to Europe  
IPAP – Individual Partnership Action Plan  
IWF – Internationaler Währungsfonds  
JCC – Joint Control Commission  
JPKF – Joint Peace-Keeping Forces  
KfW – Kreditanstalt für Wiederaufbau  
KSZE – Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa  
MAP – Membership Action Plan  
NATO – North Atlantic Treaty Organisation  
OPEC – Organisation of the Petroleum Exporting Countries  
OSZE – Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa  
PfP – Partnership for Peace  
PKK – Arbeiterpartei Kurdistans (Partiya Karkerên Kurdistan)  
RAO – Rossiskoje Akzionernoje Obschtscheswo, Russische Aktiengesellschaft  
RSFSR – Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik  
SAO – Sakrytoje Akzionernoje Obschtschestwo, Geschlossene Aktiengesellschaft  
StGB – Strafgesetzbuch  
TACIS – Technical Aid to the Commonwealth of Independent States  
TRACECA – Corridor Europe-Caucasus-Asia  
UES/EES – United Energy System, russ. Edinaja energetitscheskaja sistema  
UN/UNO – United Nations/United Nations Organisation  
UNDP – United Nations Development Programme  
UNHCR – United Nations High Commissioner for Refugees  
UNOMIG – United Nations Observer Mission in Georgia  
USA – Vereinigte Staaten von Amerika (United States of America)